

**Interview**  
**28. April 2022**

**Rolf Mützenich, SPD-Fraktionschef, im Gespräch mit Sandra Schulz**

**Sandra Schulz:** Anfang der Woche ist die Entscheidung gefallen. Öffentlich gemacht wurde sie am Dienstag. Auch die Bundesregierung will jetzt schwere Waffen an die Ukraine liefern. Panzer des Typs Gebhard, auch wenn nach der Munition wohl noch gefahndet wird.

Es ist eine Entscheidung der Bundesregierung, die die Fraktionen der Ampel-Koalition gemeinsam mit der Unions-Fraktion mit einem Antrag stützen wollen. Vorausgegangen war der Entscheidung eine robuste Debatte in Berlin. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte auch aus den Reihen der Ampel-Koalition massiven Druck bekommen, Kiew auch mit schweren Waffen zu unterstützen.

Für Scholz' eigene Partei, die SPD, kein einfacher Schritt und wir können darüber jetzt sprechen. Am Telefon ist der Chef der SPD-Bundestagsfraktion. Schönen guten Morgen, Rolf Mützenich.

**Rolf Mützenich:** Guten Morgen, Frau Schulz.

**Schulz:** Der Kanzler hat Sie, hat die Fraktion ja wieder nicht mitgenommen. Wie gehen Sie damit um?

**Mützenich:** Nein! – Woher haben Sie das? – Ich weiß nicht! – Sie meinen im Hinblick auf die Waffenlieferungen?

**Schulz:** Genau! Die Entscheidung ist ja am Montag gefallen, hat Christine Lambrecht am Dienstag gesagt, Dienstagvormittag. Sie haben an dem Morgen noch im Morgenmagazin den alten Stand verteidigt und erklärt und ganz ähnlich Kevin Kühnert, der SPD-Generalsekretär, an dem Morgen auf ntv. Die Frage ist: Wussten Sie nichts davon?

**Mützenich:** Nein! Das war auf jeden Fall und, ich glaube, genauso wie Ihnen war auch uns bekannt gewesen, dass seit mehreren Tagen – und das war bereits vor dem Montag; es ist ja auch presseöffentlich geworden – die Bundesregierung versucht hat, Munition für den Gepard einzukaufen. Uns ist bekannt geworden, genau wie der Öffentlichkeit, dass die Schweiz dieses Ansinnen abgelehnt hat. Deswegen war das jetzt keine Überraschung gewesen. Dass die Entscheidung dann an dem Tag verkündet werden konnte, hat etwas damit zu tun, dass man offensichtlich woanders fündig geworden ist. Aber es ist ja auch nicht etwas Neues: Die Bundesregierung hat seit langem über diese Ringtausche zum Beispiel aus Slowenien, zum Beispiel Panzer oder auch Artillerie für die Ukraine zur Verfügung gestellt. Deswegen gab es weder am Montag noch am Dienstag eine neue Situation.

**Schulz:** Kevin Kühnert hat am Dienstagmorgen in dem Interview noch gesagt, eine Lieferung von deutschen Panzern zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein Alleingang. Das war dann eine Stunde später überholt und da hat Christine Lambrecht gesagt, die Entscheidung ist von gestern.

**Mützenich:** Das macht offensichtlich ja die Situation unserer Diskussionen auch öffentlich so schwer. Was verstehen wir unter schweren Waffen? – Wenn ich zum Beispiel darauf hinweise, dass es längst Haubitzen gegeben hat, die nach Slowenien geliefert worden sind, oder auch Tanker, Tankfahrzeuge oder T72-Panzer seit längerer Zeit an die Ukraine, dann sind das doch schwere Waffen. Aber ich glaube, hier in Deutschland wird landläufig darunter verstanden, es geht nur um Leopard 1 oder Leopard 2-Panzer, und da hat der Bundeskanzler eine klare Grenze gezogen. Und ich denke, dass Herr Kühnert dies genauso sieht.

**Schulz:** Okay. Ich habe jetzt verstanden, dass Sie keine Kritik haben an der Kommunikation vom Bundeskanzler gegenüber der Fraktion, gegenüber der Partei. Wie überzeugt sind Sie denn jetzt davon, dass es richtig ist, diese schweren Waffen auch zu liefern?

**Mützenich:** Ich glaube, es ist richtig, dass im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, ein Land wie die Ukraine, was von einem anderen Land nämlich überfallen worden ist, von Russland, sich erwehren muss, wehrhaft auch sein soll, und dazu haben sich mehr als 40 Länder bereitgefunden auf

der Welt. Das ist gut und es ist gut, dass Deutschland auch mit unmittelbaren Lieferungen wie Panzerfäusten, Munition und vielen anderen Dingen vorangeht. Aber es ist genauso gut – und darauf haben wir uns gestern mit der Union verständigt und da ist nur noch ein Passus an unserem Antrag verändert worden – nämlich die ganze Bandbreite zu schildern. Es geht um Flüchtlinge, es geht um humanitäre Hilfe, es geht aber auch insbesondere um Diplomatie, dass wir es schaffen, verlässliche Waffenruhen zu schaffen. In Ihrem Sender, aber woanders auch ist ja Gott sei Dank auch über den Besuch von Guterres berichtet worden. Das verschwindet ja ganz oft aus der öffentlichen Diskussion. Wir brauchen diplomatische Initiativen, um auch zu helfen, diesen Krieg zu beenden, und da muss man jeden Tag drum kämpfen.

**Schulz:** Ich glaube, das haben wir auch auf dem Schirm. – Sie sagen jetzt, die Entscheidung ist richtig. Es folgte dann ja die Meldung, dass jetzt aktuell Munition fehlt. Wie finden Sie das?

**Mützenich:** Munition wird mit Sicherheit auch weiter geliefert werden können. Aber wenn ich mir die Liste anschau, die bekannt geworden ist, die allein aus Deutschland geliefert worden ist, so sind das 16 Millionen Stück an Munition. Das ist ja schon beachtlich. Aber es kommt aus anderen Ländern etwas. Die USA kaufen weltweit Munition und andere militärische Güter aus alter sowjetischer und russischer Produktion ein. Ich glaube, alles, was versucht wird, dass die militärische Kraft der ukrainischen Streitkräfte gestützt wird, wird getan. Aber auf der anderen Seite noch mal: Ich finde das nicht leichtfertig, über Guterres hinwegzugehen, Frau Schulz.

**Schulz:** Herr Mützenich! Ganz kurz die Nachfrage! – Nee, wir gehen darüber nicht hinweg. Wir berichten da gleich drüber. Aber Sie sagen, Munition wird weltweit beschafft. Ich meinte jetzt die Munition für den Gepard.

**Mützenich:** Ja!

**Schulz:** Lieferung von Panzern ohne Munition – die kann dann auch nicht von den USA aus alten russischen Beständen beschafft werden, weil das andere Systeme sind. Waffen zu liefern, die dann keine Munition haben, ist das überhaupt eine Art militärische Unterstützung?

**Mützenich:** Nein. Deswegen ist ja genau offensichtlich – ich kann das nicht sagen. Ich meine, solche Entscheidungen fallen im Bundessicherheitsrat. Das ist ihr Problem, das ist auch mein Problem, dass nicht komplette Transparenz hergestellt werden kann. Aber ich denke, dass die Entscheidung deswegen getroffen worden ist, weil man im Gegensatz, wo man es zuerst versucht hat, in der Schweiz, keine Genehmigung bekommen hat, offensichtlich in einem anderen Land eine Zustimmung bekommen hat. Jetzt geht dieser Prozess voran und auch das, glaube ich, gehört mit zu einer öffentlichen Information. Das passiert ja dann nicht morgen, sondern es wird eine gewisse Zeit dauern, bis überhaupt die militärischen Güter dann auch lieferbar sind.

**Schulz:** Vor der Entscheidung von Anfang der Woche, da hat die Bundesregierung die ja fast schon flehentlichen Bitten aus der Ukraine über Wochen ausgesessen. Andere Regierungen waren viel schneller mit ihren Zusagen. Konnte Berlin tatsächlich nicht schneller, oder wollte auch die SPD und Kanzler Olaf Scholz, wollten sie das nicht schneller haben?

**Mützenich:** Ich habe überhaupt nicht den Eindruck, dass andere so deutlich schneller waren, sondern wir haben uns mit darum bemüht, gerade in den alten Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes zu helfen, fündig zu werden, damit die Ukraine dies auch unmittelbar zur Selbstverteidigung einsetzen kann. Ich meine, das wird ja jedem auch nachvollziehbar sein, dass man nicht lange Ausbildung machen muss, sondern man muss dieses Gerät dann auch schnell auf den Weg bringen können, und daran hat Deutschland mitgeholfen. Ich sehe da keinen Mangel dran. Aber was die deutsche Diskussion doch gehabt hat: Sie hat sich allein um dieses Feld bemüht. Und ich glaube, es war genauso gut, die ukrainische Regierung bei ihren Gesprächen mit der russischen Seite um Feuerpausen, um die Versorgung von humanitärer Hilfe zu unterstützen, und da lassen wir nicht nach und genau das bildet auch den Antrag heute ab.

**Schulz:** Dass sich die deutsche Debatte darauf so konzentriert hat, das hatte vielleicht auch zu tun mit dem Delta, mit der Diskrepanz zu den Ankündigungen, die aus den USA, aus Großbritannien, aus Frankreich, aus den Niederlanden schon früher auf dem Tisch lagen. – Sie haben uns eben ja schon gesagt, dass Sie finden, dass ist kommunikativ komplett okay gelaufen zwischen Olaf Scholz und Ihnen als Fraktion. Finden Sie denn auch, dass Olaf Scholz den Bürgerinnen und Bürgern sein Vorgehen gut erklärt?

**Mützenich:** Ich bin mir ganz sicher, dass die beiden Regierungserklärungen, die der Bundeskanzler im Bundestag gemacht hat, die verschiedenen Interviews, die er jetzt gegeben hat, aber auch Statements, durchaus die Bundesbürger darüber informieren in einer existenziellen Herausforderung, die es für die Ukraine ist, aber auch die Gefahr, dass wir abwenden wollen, dass andere Länder in diesen Krieg verwickelt werden, immer wieder unterstrichen hat, und ich glaube, sie sind gut informiert. Wenn es auch weitere Notwendigkeiten gibt, wird der Bundeskanzler das tun. Die Kommunikation wird er mit Sicherheit, glaube ich, auch in den nächsten Tagen bereithalten und steht auch für viele Fragen zur Verfügung, insbesondere im Deutschen Bundestag.

**Schulz:** Wobei gerade die Interviews, die Sie ansprechen, ja viele neue Fragen aufgeworfen haben. Es gab sehr unterschiedliche Begründungen für die Nicht-Entscheidung. Erst hieß es, es sei gar nichts da bei der Bundeswehr. Dann hieß es, die Bundeswehr brauche das alles selber. Und jetzt hat Olaf Scholz dem Spiegel gesagt, man brauche ja auch diese Vorsicht zur Verhinderung eines Atomkrieges. – Es sind sehr unterschiedliche Argumentationsstränge genutzt worden. Es gab dann dieses Wort von Olaf Scholz, dass viele als arrogant empfunden haben, von Jungs und Mädels. Es ist die ganze Zeit eine Haltung gewesen im Sinne von „rufen Sie uns nicht an; wir rufen Sie an“. – Sie fanden das gelungen?

**Mützenich:** Ich finde, es ist gut, wenn der Bundeskanzler den ganzen komplexen Prozess darstellt. Natürlich ist es notwendig zu wissen, was kann die Bundeswehr abgeben, ohne dass die Bündnis- und Landesverteidigung geschwächt wird auf der einen Seite. Dann muss man wissen, welche Munition funktioniert für solche Geräte, und auf der anderen Seite, wie können wir uns mit den Partnern abstimmen, und natürlich, wie werden wir verhindern, dass NATO-Mitgliedsländer zur Kriegspartei werden. Ich meine, das erwartet doch die Bundesbevölkerung, dass dieser Krieg nicht grenzenlos wird. Natürlich sind die Drohungen aus Moskau über möglicherweise die weitere Verwicklung bis hin zum Einsatz von Atomwaffen beunruhigend und ich finde, wenn ein Kanzler hier Abwägungsprozesse macht, dann ist das doch nicht falsch, sondern im Sinne auch der öffentlichen Meinung, aber auch der Sicherheit der NATO-Mitgliedsstaaten und unseres Landes.

**Schulz:** Ich glaube, darüber gibt es Konsens, dass es vermieden werden sollte, dass wir als Kriegspartei reingezogen werden. Aber die Frage ist doch: Hat das die NATO, hat das Deutschland, hat das die Bundesregierung, haben wir das überhaupt in der Hand?

**Mützenich:** Wir müssen versuchen, es weiterhin in der Hand zu halten. Die Eskalationsdominanz besteht natürlich in Moskau. Das sehen wir jeden Tag, insbesondere, weil Zivilisten unterschiedslos in der Ukraine angegriffen werden. Dies ist aber auch ein Abwägungsprozess, den ein Kanzler, der Verantwortung trägt, der für seine Worte dann auch einstehen muss, eine große Herausforderung. Aber ich glaube, da beneidet niemand zurzeit Olaf Scholz drum. Die Bundesbürger nicht und ich auch nicht.

**Schulz:** Was jetzt die ganze Zeit über Jahrzehnte funktioniert hat im Kalten Krieg, die Strategie der Abschreckung, funktioniert das noch, wenn eine Seite gar nicht mehr so sicher ist, ob sie darauf noch setzen will?

**Mützenich:** Ja, genau! Das haben wir ja gesehen. Deswegen gab es ja auch schon seit mehreren Jahren die Diskussion und sie ist ja oft schnell zur Seite gelegt worden, dass Abschreckung das einzige Mittel sein kann. Das kann es nicht und wir haben erlebt, dass trotz Militärausgaben von über 800 Milliarden Euro auf Seiten der NATO Russland nicht abgeschreckt hat, eine solche Aggression, einen solchen Überfall zu übernehmen. Zurzeit herrscht Krieg. Wir werden nicht daraus unmittelbar die Schlussfolgerungen ziehen können. Aber wir müssen klug genug sein zu schauen, was ist möglich auch neben dem Militärischen. Aber zurzeit geht es darum, dass die Waffen schweigen. Das ist die entscheidende Voraussetzung für weitere Schritte in der Zukunft.

**Schulz:** Dass sich Russland nicht abgeschreckt gefühlt hat, könnte auch am Zustand der NATO gelegen haben, die Emmanuel Macron ja als hirntot bezeichnet hat, könnte daran gelegen haben, in welchem Zustand, wie wir jetzt feststellen, die Bundeswehr sich befindet. Das ist jetzt das große Thema, das als nächstes in den Fokus kommt, dieses sogenannte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das Olaf Scholz angekündigt hat. Sie brauchen dafür die Union, weil Sie eine verfassungsändernde Mehrheit brauchen im Bundestag. Die hat gestern gesagt, dass was ihr bisher vorgelegt habt, das reicht nicht aus, das ist nicht ausreichend konkret. Wie holen Sie die Union an Bord?

**Mützenich:** Das ist erst mal ein ganz normaler Prozess. Gestern war die erste Lesung gewesen. Es gab vorher Gespräche und jetzt müssen wir ganz konkret schauen in den Ausschüssen, was ist möglich, wo können Präzisierungen erfolgen, Interpretationen, und dann müssen wir sehen, ob eine Opposition staatspolitische Verantwortung tragen will in einer Herausforderung von Krieg und Frieden, die Bundeswehr und die Landes- und Bündnisverteidigung mit diesen Mitteln auszustatten. Das können wir wahrscheinlich in einigen Wochen beantworten. Die Debatte war gestern belastbar gewesen. Was daraus folgt, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen.

**Schulz:** Die Präzisierung, die die Union verlangt, ist ja die ganz klare Festlegung, diese 100 Milliarden Euro, die gehen wirklich an die Bundeswehr, die werden für nichts Anderes ausgegeben. Ist das überhaupt mehrheitsfähig in Ihrer Fraktion? Es hat ja diesen Vorstoß Ende März gegen den Vorschlag von Olaf Scholz gegeben. Da war einer der Initiatoren auch ein Fraktionsmitglied aus Ihren Reihen.

**Mützenich:** Aber das ist doch ganz normal, dass es in allen Fraktionen – und das betrifft nicht nur meine Fraktion – Fragen gibt und Vorbehalte, und ich halte das auch für notwendig, weil diese Debatte es doch auch in Deutschland insgesamt gibt. Und wir müssen darauf schauen, was heißt Sicherheit für Deutschland, was heißt Sicherheit für dieses Bündnis. Ganz komplexe Fragen und wenn es dort unterschiedliche Stimmen gibt, spricht das doch für eine Gesellschaft, die wir gerade verteidigen wollen und die die Ukraine verteidigt, nämlich plurale Meinungen, und das muss im Bundestag auch abgebildet sein.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*